

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer

Datum
05.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

21.11.2002

Betreff:

Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - Grundsicherungsgesetz (GSiG)

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zum Grundsicherungsgesetz zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

1. Allgemeines

Der Deutsche Bundestag hat am 26.06.2001 ein Artikelgesetz – nach Zustimmung durch den Bundesrat – „Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens“ (Altersvermögensgesetz – AVmG) verabschiedet.

Das Grundsicherungsgesetz – als Art. 12 des Gesetzes – ist **ein dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gegenüber vorrangiges eigenständiges Leistungsgesetz**, das zum 01.01.2003 in Kraft tritt. Seit dem 01.07.2002 können bereits Anträge auf Gewährung von Leistungen gestellt werden.

2. Ziel

Ziel des Gesetzes ist es,

- ◆ eine eigenständige soziale Leistung für alte und für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen zu schaffen, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt,
- ◆ älteren Menschen die Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche zu erleichtern, ohne einen Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder befürchten zu müssen,
- ◆ die Lebenssituation voll erwerbsgeminderter Menschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, deutlich zu verbessern.

3. Wesentliche Inhalte des Gesetzes

Antragsberechtigt sind

- ◆ über 65jährige
- ◆ über 18jährige, die unabhängig von der Arbeitsmarktlage **voll erwerbsgemindert** im Sinne des § 43 Abs. 2 SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung – sind und bei denen es unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann,

mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine volle Erwerbsminderung im Sinne des § 43 Abs. 2 SGB VI liegt vor bei

- ◆ Personen, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes mindestens 3 Stunden täglich erwerbstätig zu sein,
- ◆ Personen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) bzw. für diese Einrichtungen in Heimarbeit tätig sind, wenn sie wegen Art und Schwere der Behinderung nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können,
- ◆ Personen in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen, die in gewisser Regelmäßigkeit eine Leistung (einschließlich einer Dienstleistung für den Träger) erbringen, wenn sie wegen Art und Schwere der Behinderung nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können.

Nicht anspruchsberechtigt sind Leistungsberechtigte nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes und Personen, die in den letzten 10 Jahren ihre Bedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben.

Einsatz von Einkommen und Vermögen

Die Grundsicherungsleistung ist abhängig von der Bedürftigkeit des Anspruchsberechtigten. Bei der Bedürftigkeitsprüfung werden das Einkommen und Vermögen des Anspruchsberechtigten sowie seines Ehegatten wie in der Sozialhilfe berücksichtigt. Im Gegensatz zur Sozialhilfe bleiben jedoch Unterhaltsansprüche der Grundsicherungsberechtigten gegenüber ihren Kindern und Eltern außer Betracht, sofern deren Jahreseinkommen unter einem Betrag von 100.000,00 € liegt.

Leistungsumfang

Die Leistung ist so bemessen, dass sie im wesentlichen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen entspricht.

Die Grundsicherung umfasst:

- ◆ maßgebenden Regelsatz nach dem BSHG
- ◆ 15 % des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes für einmalige Leistungen
- ◆ angemessene tatsächliche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung (bei stationärer Unterbringung sind als Kosten für Unterkunft und Heizung Beträge in Höhe der durchschnittlich angemessenen Aufwendungen zugrunde zu legen)
- ◆ Übernahme von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen entsprechend § 13 BSHG
- ◆ Mehrbedarf von 20 % des maßgebenden Regelsatzes bei Besitz eines Schwerbehindertenausweises mit dem Merkzeichen G.

Leistungszeitraum

Die Bewilligung erfolgt in der Regel für den Zeitraum 01.07. bis zum 30.06. des Folgejahres. Bei der erstmaligen Bewilligung oder bei Änderung einer Leistung beginnt der Bewilligungszeitraum am 01. des Monats, in dem der Antrag gestellt worden ist oder die Voraussetzungen für die Änderung eingetreten und mitgeteilt worden sind.

Zuständigkeit

Träger der Grundsicherung und damit sachlich zuständig sind die Kreise und kreisfreien Städte. Das Gesetz sieht eine Möglichkeit der Delegation der Aufgaben auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden vor. Laut Delegationssatzung des Kreises Siegen-Wittgenstein werden die Aufgaben nach dem Grundsicherungsgesetz von den kreisangehörigen Gemeinden und Städten wahrgenommen, die in eigenem Namen entscheiden.

Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach dem gewöhnlichen Aufenthalt.

Information/Beratung

Es informiert/berät

- ◆ von Amts wegen der Rentenversicherungsträger bei rentenberechtigten Personen,
- ◆ auf Antrag der Rentenversicherungsträger bei übrigen Personen,
- ◆ der Sozialhilfeträger bei Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt oder Hilfe in besonderen Lebenslagen in einer Einrichtung.

4. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Umsetzung des Grundsicherungsgesetzes hat sowohl finanzwirtschaftliche als auch personalwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt Siegen/den Kreis Siegen-Wittgenstein.

Finanzen

Für die finanziellen Auswirkungen sind folgende Gründe maßgebend:

- ◆ Die Leistungen der Grundsicherung an die Anspruchsberechtigten nach dem Gesetz werden die bisherigen Leistungen an die Anspruchsberechtigten nach dem BSHG überschreiten (auch wegen des Wegfalls des Rückgriffes auf Unterhaltspflichtige).
- ◆ Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Grundsicherungsgesetz wird gegenüber der Zahl der Hilfeempfänger nach dem BSHG steigen (verschämte Arme, Wegfall des Rückgriffes auf Unterhaltspflichtige).
- ◆ Die Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz an voll erwerbsgeminderte Personen führen zu einem erhöhten Finanzaufwand (bisher überörtlicher Träger der Sozialhilfe).

Es ist gegenwärtig aber noch nicht möglich, zutreffende Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen zu machen.

Dies hat folgende Ursachen:

Einerseits kann die Anzahl der Antragsteller auf Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz nur in den Fällen, in denen Sozialhilfeleistungen nach dem BSHG gewährt werden und für die die Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz sozialhilferechtlich anrechenbares Einkommen darstellen, relativ genau ermittelt werden, in den anderen Bereichen aber nicht.

So ist z. B. offen, wie hoch die Zahl derjenigen ist, die zwar Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG hätten, diese aber bisher nicht beantragt haben und nunmehr aber Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz in Anspruch nehmen.

Andererseits ist die Höhe der finanziellen Auswirkungen in bezug auf jeden Einzelfall auch deshalb mit großen Unwägbarkeiten verbunden, weil die Grundsicherungsleistung bedarfsorientiert festgestellt wird.

Durch die vorrangigen Grundsicherungsleistungen tritt eine Entlastung der Sozialhilfeträger bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG ein. Dies betrifft auch die kommunale Beteiligung nach dem 2. Modernisierungsgesetz (s. hierzu Haushaltsplan UA 410). Wie hoch diese sein wird, ist abhängig von der Zahl derjenigen, die wegen der vorrangigen Grundsicherungsleistungen aus dem Bezug der Sozialhilfe ausscheiden.

Für den Bereich der Stadt Siegen werden dies in etwa 450 Fälle sein.

Personal

Da weder die Zahl der Fälle noch die Bearbeitungsdauer je Fall zutreffend abschätzbar ist, sind Aussagen über den Bedarf an Personal für Fallbearbeitung z. Z. nur schwer möglich.

Nach dem gegenwärtigen Überblick gehen die Träger der Grundsicherung in Nordrhein-Westfalen zum großen Teil aber davon aus, dass die Grundsicherungsleistung hinsichtlich des Bearbeitungsaufwandes unter dem Aufwand für die (laufende) Bearbeitung von Fällen der Hilfe zum Lebensunterhalt liegt.

Für den Bereich der Stadt Siegen gehen daher die Haupt- und Finanzverwaltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass 4 Vollzeitstellen (davon 2 Stellen aus der Sachbearbeitung Sozialhilfe) benötigt werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
 Stadtrat

Anlagen: 0